

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

Jahrgang 2002

Ausgegeben am 15. Februar 2002

Teil III

---

27. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Rumänien über die Rückübernahme von Personen (Rückübernahmeabkommen)

---

27.

### ABKOMMEN

#### zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Rumänien über die Rückübernahme von Personen (Rückübernahmeabkommen)

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung von Rumänien (im Weiteren „Vertragsparteien“ genannt), haben in der Absicht, die Rückübernahme von eigenen Staatsangehörigen und Drittstaatsangehörigen, die unerlaubt in das Gebiet der anderen Vertragspartei eingereist sind oder sich unerlaubt auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten, zu regeln, Folgendes vereinbart:

#### Abschnitt I

#### Rückübernahme eigener Staatsangehöriger

##### Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei übernimmt ohne weitere Formalitäten die Person, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, dass sie die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei besitzt. Das Gleiche gilt für Personen, die nach der Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei aus der Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei entlassen worden sind und nicht eine schriftliche Einbürgerungszusicherung seitens der ersuchenden Vertragspartei erhalten haben oder die von der ersuchten Vertragspartei zu Unrecht ein Reisedokument erhalten haben.

(2) Die ersuchende Vertragspartei nimmt die in Absatz 1 genannten Personen unter denselben Voraussetzungen wieder zurück, wenn die Nachprüfung ergibt, dass sie zum Zeitpunkt der Übernahme durch die ersuchte Vertragspartei nicht im Besitz der Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei waren. Dies gilt nicht, wenn die ersuchte Vertragspartei diese Personen nach der Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei aus der eigenen Staatsangehörigkeit entlassen hat, ohne dass diese Personen eine schriftliche Einbürgerungszusicherung seitens der ersuchenden Vertragspartei erhalten haben, oder wenn diese Personen von der ersuchten Vertragspartei zu Unrecht ein Reisedokument erhalten haben.

##### Artikel 2

(1) Falls die Staatsangehörigkeit einer Person nicht entsprechend Artikel 1 Absatz 1 nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden kann, wird die diplomatische Mission oder konsularische Vertretung jener Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit die Person vermutlich besitzt, diese auf Antrag klarstellen und erforderlichenfalls ein Ersatzreisedokument zur Verfügung stellen.

(2) Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die an sie gerichteten Anträge gemäß Absatz 1 unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von acht Arbeitstagen. Stellt die ersuchte Vertragspartei die Staatsangehörigkeit fest, so stellt sie das allenfalls erforderliche Ersatzreisedokument unverzüglich aus. Lässt sich die Staatsangehörigkeit der Person nicht feststellen, so wird sie der ersuchenden Vertragspartei die Gründe hierfür mitteilen.

(3) Die Rückkehr erfolgt ehestmöglich, längstens jedoch innerhalb von 30 Tagen ab der Feststellung der Staatsangehörigkeit. Diese Frist wird auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei für die Dauer rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse weiter verlängert

## **Abschnitt II**

### **Rückübernahme von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen**

#### **Artikel 3**

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag der anderen Vertragspartei aus deren Gebiet Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, welche nicht oder nicht mehr die auf dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei gültigen Bedingungen zur Einreise oder zum Aufenthalt erfüllen, sofern nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, dass diese Personen direkt in das Gebiet der ersuchenden Vertragspartei eingereist sind, nachdem sie sich auf dem Gebiet der ersuchten Vertragspartei aufgehalten haben oder durch jenes durchgereist sind.

(2) Die Verpflichtung zur Übernahme gemäß Absatz 1 besteht nicht für:

1. Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, die bei ihrer Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei im Besitz eines gültigen Visums oder eines anderen gültigen Aufenthaltstitels dieser Vertragspartei waren oder denen nach ihrer Einreise ein Visum oder ein anderer Aufenthaltstitel durch diese Vertragspartei ausgestellt wurde, es sei denn, dass diese Personen Visa oder andere Aufenthaltstitel besitzen, die von der ersuchten Vertragspartei ausgestellt wurden und die länger gültig sind als jene der ersuchenden Vertragspartei;
2. Staatsangehörige dritter Staaten, mit denen die ersuchende Vertragspartei Abkommen über die Abschaffung der Visumpflicht geschlossen hat, es sei denn, eine solche Person wäre im Zuge einer Schlepperaktion auf das Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei gelangt;
3. Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, denen die ersuchende Vertragspartei entweder den Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge<sup>1)</sup>, abgeändert durch das Protokoll von New York vom 31. Jänner 1967<sup>2)</sup>, oder den Status von Staatenlosen gemäß der Konvention von New York vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen zuerkannt hat;
4. Staatsangehörige eines Staates, mit dem die ersuchende Vertragspartei eine gemeinsame Grenze hat und Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, die in einem solchen Staat zum dauernden Aufenthalt berechtigt sind, sofern die Ausreise in diesen Staat möglich ist;
5. Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, die sich seit mehr als einem Jahr auf dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei aufgehalten haben.

#### **Artikel 4**

Als Aufenthaltstitel im Sinne dieses Rückübernahmeabkommens gilt jede von einer Vertragspartei ausgestellte Erlaubnis gleich welcher Art, die zum Aufenthalt in deren Hoheitsgebiet berechtigt. Hiezu zählt nicht die befristete Zulassung zum Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien im Hinblick auf die Behandlung eines Asylbegehrens.

#### **Artikel 5**

(1) Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die an sie gemäß Artikel 3 gerichteten Rückübernahmeanträge unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von acht Arbeitstagen. Lehnt die ersuchte Vertragspartei die Rückübernahme ab, so wird sie der ersuchenden Vertragspartei die Ablehnungsgründe mitteilen.

(2) Die Rückübernahme des Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen erfolgt ehestmöglich, längstens jedoch innerhalb von 30 Tagen, nachdem die ersuchte Vertragspartei der Rückübernahme zugestimmt hat. Diese Frist wird auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei für die Dauer rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse verlängert.

#### **Artikel 6**

Die ersuchende Vertragspartei nimmt einen Drittstaatsangehörigen oder einen Staatenlosen zurück, wenn die ersuchte Vertragspartei nach der Rückübernahme feststellt, dass die Voraussetzungen nach Artikel 3 nicht vorliegen.

<sup>1)</sup> Kundgemacht in BGBl. Nr. 55/1955

<sup>2)</sup> Kundgemacht in BGBl. Nr. 78/1974

### **Abschnitt III**

#### **Durchbeförderung**

##### **Artikel 7**

(1) Die Vertragsparteien werden einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen auf Antrag einer Vertragspartei gestatten, ihr Hoheitsgebiet zum Zwecke der polizeilichen Durchbeförderung im Transit zu passieren, wenn die Übernahme durch den Zielstaat und die Weiterreise durch allfällige andere Durchbeförderungsstaaten sichergestellt ist. Die ersuchende Vertragspartei kann weiters beantragen, dass die ersuchte Vertragspartei die Begleitung während des Transits auf ihrem Hoheitsgebiet sicherstellt.

(2) Die Durchbeförderung wird nicht beantragt und kann abgelehnt werden, wenn der Drittstaatsangehörige im Zielstaat oder in einem allfälligen weiteren Durchbeförderungsstaat Gefahr läuft, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe oder der Todesstrafe unterworfen zu werden, oder in seinem Leben oder seiner Freiheit aus Gründen seiner Rasse, seiner Religion, seiner Nationalität, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Ansichten bedroht wäre. Die Durchbeförderung kann weiters abgelehnt werden, wenn der Drittstaatsangehörige im ersuchten Staat strafgerichtlich verfolgt werden müsste oder ihm im Zielstaat oder in einem allfälligen weiteren Durchbeförderungsstaat strafrechtliche Verfolgung droht.

(3) Lehnt die ersuchte Vertragspartei das Ersuchen um Durchbeförderung mangels Vorliegens der erforderlichen Voraussetzungen ab, so wird sie der ersuchenden Vertragspartei die Ablehnungsgründe mitteilen.

(4) Für die Durchbeförderung gemäß Absatz 1 ist ein Transitvisum der ersuchten Vertragspartei nicht erforderlich.

(5) Trotz erteilter Bewilligung werden zur Durchbeförderung übernommene Personen an die andere Vertragspartei zurückgegeben, wenn nachträglich Tatsachen im Sinne des Absatzes 2 eintreten oder bekannt werden, die einer Durchbeförderung entgegenstehen, oder wenn die Weiterreise oder die Übernahme durch den Zielstaat nicht mehr gesichert ist.

##### **Artikel 8**

(1) Die Begleitung bis zur Übergabe der Person an die ersuchte Vertragspartei wird grundsätzlich von der ersuchenden Vertragspartei durchgeführt.

(2) Erfolgt die Beförderung von Personen, die gemäß Artikel 7 durchbefördert werden, unter Begleitung des Personals der ersuchenden Vertragspartei, so überwacht die ersuchte Vertragspartei im Falle der Weiterreise auf dem Luftweg die durchzubefördernde Person während der Zwischenlandung auf dem Flughafen der ersuchten Vertragspartei.

(3) Das Begleitpersonal der ersuchenden Vertragspartei darf die internationale Zone des Flughafens der ersuchten Vertragspartei nicht verlassen.

### **Abschnitt IV**

#### **Kosten**

##### **Artikel 9**

Alle mit der Rückübernahme gemäß Artikel 1 Absatz 1 und 3 zusammenhängenden Kosten bis zur Grenze der ersuchten Vertragspartei sowie die Kosten der Durchbeförderung gemäß Artikel 7 trägt die ersuchende Vertragspartei. Das Gleiche gilt für die Fälle der Rückübernahme gemäß Artikel 1 Absatz 2, Artikel 6 und Artikel 7 Absatz 5.

### **Abschnitt V**

#### **Datenschutz**

##### **Artikel 10**

(1) Soweit für die Durchführung dieses Abkommens personenbezogene Daten zu übermitteln sind, dürfen diese Informationen ausschließlich betreffen:

1. die Personalien der zu übergebenden Person und gegebenenfalls der Angehörigen (Familienname, gegebenenfalls Vatersname, Vorname, gegebenenfalls frühere Namen, Beinamen oder Pseudonyme, Aliasnamen, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, derzeitige und gegebenenfalls frühere Staatsangehörigkeit);

2. den Reisepass, den Personalausweis, sonstige Identitäts- und Reisedokumente und die Passierscheine (Nummer, Gültigkeitsdauer, Ausstellungsdatum, ausstellende Behörde, Ausstellungsort usw.);
3. sonstige zur Identifizierung der zu übergebenden Personen erforderliche Angaben;
4. die Aufenthaltsorte und Reisewege;
5. die ausgestellten Aufenthaltstitel oder Visa;
6. allenfalls vorhandenes erkennungsdienstliches Material, das für die Prüfung der Übernahmevoraussetzungen nach diesem Abkommen von Belang sein könnte.

(2) Soweit personenbezogene Daten im Rahmen dieses Abkommens übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften:

1. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger (die empfangende Behörde) ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Behörde vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger (die empfangende Behörde) unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist es sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger (der empfangenden Behörde) unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
6. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
7. Übermittelte Daten, die von der übermittelnden Behörde gelöscht werden, sind binnen sechs Monaten auch vom Empfänger (der empfangenden Behörde) zu löschen.

## **Abschnitt VI**

### **Bestimmungen zur Durchführung des Abkommens**

#### **Artikel 11**

- (1) Die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen weiteren Regelungen über
1. die Art und Weise der gegenseitigen Verständigung und die praktische Vorgangsweise,
  2. die Angaben, die in den Übernahme- und Durchbeförderungsanträgen enthalten sein müssen,
  3. die Unterlagen und Beweismittel, die zur Übernahme erforderlich sind, und die Wertigkeit dieser Mittel,
  4. die Regelung der Durchführung des Ausgleichs der Kosten,
  5. die Abhaltung von Expertenberatungen

werden in einem Protokoll zur Durchführung dieses Abkommens vereinbart.

(2) Jede Vertragspartei bestimmt die Behörden, die für die Anwendung dieses Abkommens zuständig sind. Diese Behörden arbeiten gemäß ihrer Zuständigkeit unmittelbar zusammen.

## **Abschnitt VII**

### **Schlussbestimmungen**

#### **Artikel 12**

(1) Streitigkeiten, die aus der Anwendung und der Interpretation dieses Abkommens entstehen könnten, werden im Rahmen der Expertensprache der von den Vertragspartnern bestimmten zuständigen Behörden gelöst.

(2) Ist dies nicht möglich, werden die Vertragsparteien alle Maßnahmen für eine Lösung auf diplomatischem Weg treffen.

### **Artikel 13**

(1) Die Bestimmungen dieses Abkommens lassen die Rechte und die Verpflichtungen der Vertragsparteien aus der Anwendung anderer völkerrechtlicher Abkommen unberührt.

(2) Dieses Abkommen ist nicht anzuwenden auf Fälle der Auslieferung und Durchlieferung zu einem Drittstaat im Zuge eines Auslieferungsverfahrens.

### **Artikel 14**

Dieses Abkommen tritt am 40. Tag nach Übermittlung der zweiten Note in Kraft, mit der die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Weg mitteilen, dass ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das In-Kraft-Treten erfüllt sind.

### **Artikel 15**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Änderungen und Ergänzungen dieses Abkommens können im Einvernehmen der Vertragsparteien und unter Beachtung der jeweils innerstaatlichen Gesetzgebung und Vorschriften vorgenommen werden. Sie treten in Kraft gemäß dem Verfahren nach Artikel 14.

(3) Jede Vertragspartei kann die Durchführung dieses Abkommens zur Gänze oder teilweise für eine bestimmte Zeit aus Gründen des Gesundheitsschutzes, der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit suspendieren. Die Suspendierung wird wirksam mit dem Zeitpunkt der Übermittlung der entsprechenden Mitteilung. Diese Mitteilung hat auch die Gründe für die Suspendierung zu enthalten. Der Wegfall der Gründe der Suspendierung wird der anderen Vertragspartei unverzüglich mitgeteilt.

(4) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen auf diplomatischem Weg kündigen. Die Kündigung wird am 40. Tag nach der Übermittlung der entsprechenden Notifikation an die andere Vertragspartei wirksam.

Geschehen zu Wien am 28. November 2001 in zwei Urschriften in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

**Strasser m. p.**

Für die Regierung von Rumänien:

**Rus m. p.**

## **Protokoll zur Durchführung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Rumänien über die Rückübernahme von Personen**

Zur Durchführung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Rumänien über die Rückübernahme von Personen vom 28. November 2001 (im Folgenden „Rückübernahmeabkommen“ genannt), haben die Österreichische Bundesregierung und die Regierung von Rumänien Folgendes vereinbart:

### **A**

#### **Zu Artikel 1**

(1) Der Nachweis der Staatsangehörigkeit kann erfolgen durch:

- Staatsbürgerschaftsurkunden;
- Reisedokumente aller Art (Nationalpässe, Sammelpässe, Diplomatenpässe, Dienstpässe, Passersatzpapier);

- Personalausweise;
- Wehrpässe und Militärausweise;
- amtlich ausgestellte Dokumente, aus denen sich die Staatsangehörigkeit ergibt;
- Seefahrtsbücher und Schifferausweise;
- Behördenauskünfte mit eindeutigen Aussagen.

(2) Bei der Vorlage der in Absatz 1 genannten gültigen Nachweise gilt der volle Beweis für die Staatsangehörigkeit für die Person, für die das entsprechende Dokument ausgestellt wurde, als erbracht. Gegenbeweise sind zulässig.

(3) Die Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit kann insbesondere erfolgen durch:

- Kopien der unter Absatz 1 genannten Nachweismittel;
- Führerscheine;
- Geburtsurkunden;
- Firmenausweise;
- Kopien der genannten Dokumente;
- Zeugenaussagen;
- eigene Angaben des Betroffenen;
- die Sprache des Betroffenen.

(4) Für den Fall der Glaubhaftmachung gilt die Staatsangehörigkeit unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

(5) Die in den Absätzen 1 und 3 angeführten Dokumente genügen vorbehaltlich der Prüfung durch die zuständigen Stellen der Vertragsparteien auch dann als Nachweis oder Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit, wenn sie durch Zeitablauf ungültig geworden sind.

(6) Übernimmt die ersuchende Vertragspartei eine Person gemäß Artikel 1 Absatz 2 des Rückübernahmeabkommens wieder zurück, so muss die ersuchte Vertragspartei alle Dokumente dieser Person der ersuchenden Vertragspartei retournieren.

(7) Die Übergabe einer Person, die wegen ihres Alters, Gesundheitszustandes oder aus anderen schwerwiegenden Gründen besonderer Pflege bedarf oder bei der besondere Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind, wird der zuständigen Stelle der ersuchten Vertragspartei angekündigt, damit diese Vertragspartei die notwendigen Maßnahmen zur Übernahme der Person treffen kann. Innerhalb von 30 Tagen nach Ankündigung ist der ersuchenden Vertragspartei mitzuteilen, wo und wann die Übernahme erfolgen wird.

(8) Zuständige Stellen im Sinne des Absatzes 7 sind

- auf österreichischer Seite:  
Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/16,  
Adresse: A-1014 Wien, Postfach 100  
Telefon: +43/1/531 26/46 21  
Telefax: +43/1/531 26/46 48
- auf rumänischer Seite:  
Ministerul de Interne  
Inspectoratul General al Politiei de Frontiera  
Str. Razoare nr. 1-3, sector 6, Bucaresti  
Telefon: +40 1 312 11 89  
Telefax: +40 1 312 11 89

(9) Für die Ankündigung und die Mitteilungen gemäß Absatz 7 können die Vertragsparteien auch einvernehmlich ausgearbeitete Formulare verwenden.

## **B**

### **Zu Artikel 2 Absatz 1**

(1) Der Antrag auf Feststellung der Staatsangehörigkeit muss, abgesehen von den Personaldaten, erforderlichenfalls folgende Angaben enthalten:

- die für die Feststellung der Staatsangehörigkeit notwendigen Informationen;

- Hinweise auf eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der zu übergebenden Person mit deren Einverständnis;
- sonstige im Einzelfall bei der Übergabe erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen.

Dem Antrag müssen, soweit vorhanden, Ablichtungen der relevanten Dokumente sowie zwei Lichtbilder beigegeben sein.

(2) Kann die diplomatische Mission oder die konsularische Vertretung der ersuchten Vertragspartei keine abschließende Klarstellung treffen, so kann sie von der ersuchenden Vertragspartei eine ergänzende Einvernahme der betreffenden Person verlangen. Bei dieser Einvernahme, die unter Bedachtnahme auf die vorgesehenen Fristen so rasch wie möglich zu erfolgen hat, kann ein Vertreter der diplomatischen Mission oder der konsularischen Vertretung anwesend sein.

## C

### Zu Artikel 3 Absatz 1

(1) Der Antrag auf Rückübernahme muss Angaben über die Nachweis- oder Glaubhaftmachungsmittel für den Aufenthalt auf dem Staatsgebiet der ersuchten Vertragspartei oder die Durchreise durch dieses und, soweit möglich, die folgenden weiteren Angaben enthalten:

- die Personalien der zu übergebenden Person (insbesondere Vor- und Familiennamen, frühere Namen, Aliasnamen, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, letzter Wohnort im Herkunftsstaat);
- die Personaldokumente (insbesondere Art, Nummer, Ausstellungsort, -datum und -behörde, Gültigkeitsdauer);
- Tag, Uhrzeit, Ort und Art der rechtswidrigen Einreise;
- Angaben zum rechtswidrigen Aufenthalt;
- Angaben zur Einreise des Betroffenen im Rahmen einer Schlepperaktion, wenn es sich um einen Staatsangehörigen eines dritten Staates handelt, mit dem die ersuchende Vertragspartei ein Abkommen über die Abschaffung der Visumpflicht geschlossen hat;
- eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der zu übergebenden Person mit deren Einverständnis;
- etwaige sonstige im Einzelfall bei der Übergabe erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen;
- Zeit und Ort der beabsichtigten Übergabe.

Dem Rückübernahmeantrag müssen Ablichtungen der Nachweis- oder Glaubhaftmachungsmittel sowie zwei Lichtbilder beigegeben sein.

(2) Der Aufenthalt auf dem Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei oder die Durchreise durch dieses wird nachgewiesen durch:

- ein gültiges oder ein seit weniger als einem Jahr abgelaufenes Visum oder einen gültigen oder einen seit weniger als einem Jahr abgelaufenen anderen Aufenthaltstitel der ersuchten Vertragspartei;
- einen Einreise- oder Ausreisestempel der ersuchten Vertragspartei, auch wenn sich dieser in einem ge- oder verfälschtem Reisedokument befindet;
- sonstige Vermerke der ersuchten Vertragspartei in Reisedokumenten, die Hinweise auf den Aufenthalt geben.

Ein in dieser Weise erfolgter Nachweis gilt als voller Beweis für den Aufenthalt oder die Durchreise. Grundsätzlich werden keine weiteren Erhebungen durchgeführt. Gegenbeweise sind zulässig.

(3) Der Aufenthalt auf dem Staatsgebiet der ersuchten Vertragspartei oder die Durchreise durch dieses wird glaubhaft gemacht durch:

- ein seit mehr als einem Jahr abgelaufenes Visum oder einen seit mehr als einem Jahr abgelaufenen anderen Aufenthaltstitel der ersuchten Vertragspartei;
- Flugtickets, Fahrkarten, Rechnungen oder sonstige Belege, die den Aufenthalt auf dem Staatsgebiet der ersuchten Vertragspartei belegen;
- Zeugenaussagen in Verbindung mit einer behördlichen Niederschrift;
- Aussagen des Betroffenen in Verbindung mit einer behördlichen Niederschrift.

Eine in dieser Weise erfolgte Glaubhaftmachung gilt zwischen den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

(4) Die für die Stellung und Erledigung von Anträgen auf Rückübernahme zuständigen Behörden sind:

- auf österreichischer Seite:  
Bundesministerium für Inneres,  
Abteilung III/16,  
Adresse: A-1014 Wien, Postfach 100  
Telefon: +43/1/531 26/46 21  
Telefax: +43/1/531 26/46 48
- auf rumänischer Seite:  
Ministerul de Interne  
Directia Generala de Evidenta Informatizata a Persoanei  
Str. Nicolae Iorga nr. 27-29, sector 1, Bucuresti  
Telefon: +40 1 312 15 00  
Telefax: +40 1 312 15 00

(5) Für die Stellung und Erledigung von Rückübernahmeanträgen können die Vertragsparteien auch einvernehmlich ausgearbeitete Formulare verwenden.

## D

### Zu Artikel 5 Absatz 2

(1) Im Falle der Fristverlängerung infolge rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse unterrichtet die ersuchende Vertragspartei unter Angabe des beabsichtigten Übergabeortes und des Überstellungstermins die ersuchte Vertragspartei unverzüglich über den Wegfall dieser Hindernisse.

(2) Die erfolgte Übergabe wird in einem Protokoll festgehalten.

## E

### Zu Artikel 6

Nimmt die ersuchende Vertragspartei auf begründeten Antrag der ersuchten Vertragspartei eine Person wieder zurück, weil nachträglich festgestellt wurde, dass die Übernahmevoraussetzungen nicht vorlagen, so müssen alle Dokumente dieser Person der ersuchenden Vertragspartei retourniert werden.

## F

### Zu Artikel 7

(1) Der Antrag auf Durchbeförderung muss, soweit möglich, die folgenden Angaben enthalten:

- die Personalien der durchzubefördernden Person (insbesondere Vor- und Familiennamen, frühere Namen, Aliasnamen, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, letzter Wohnort im Herkunftsstaat);
- die Personaldokumente (insbesondere Art, Nummer, Gültigkeitsdauer);
- die Erklärung, dass die Voraussetzungen gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Rückübernahmeabkommens erfüllt sind und keine Ablehnungsgründe gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Rückübernahmeabkommens bekannt sind;
- eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der durchzubefördernden Person mit deren Einverständnis;
- etwaige sonstige im Einzelfall erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen; im Falle der Begleitung Angaben zu den Begleitpersonen;
- Datum, Zeit und Ort der Durchbeförderung sowie die weitere Durchbeförderungsrouten.

(2) Die ersuchte Vertragspartei benachrichtigt die ersuchende Vertragspartei unter Bestätigung des Datums, der Zeit und des Ortes unverzüglich über die Übernahme zur Durchbeförderung oder über die Ablehnung der Übernahme mit Angabe der Gründe der Ablehnung.

(3) Die für die Stellung und Erledigung von Anträgen auf Durchbeförderung zuständigen Behörden sind:



- auf österreichischer Seite:  
Bundesministerium für Inneres,  
Abteilung III/16,  
Adresse: A-1014 Wien, Postfach 100  
Tel.Nr.: +43/1/531 26/46 21  
Fax-Nr.: +43/1/531 26/46 48
- auf rumänischer Seite:  
Ministerul de Interne  
Inspectoratul General al Politiei de Frontiera  
Str. Razoare nr. 1-3, sector 6, Bucuresti  
Telefon: +40 1 312 11 89  
Telefax: +40 1 312 11 89

(5) Für die Stellung und Erledigung von Anträgen auf Durchbeförderungen können die Vertragsparteien auch einvernehmlich ausgearbeitete Formulare verwenden.

## G

### Zu Artikel 9

Die für die Anwendung dieses Rückübernahmeabkommens aufgelaufenen Kosten werden binnen 60 Tagen ab Erhalt der diesbezüglichen Belege von der ersuchenden Vertragspartei an die ersuchte Vertragspartei überwiesen.

## H

### Expertenberatungen

Zwischen Experten der beiden Vertragsparteien werden nach Bedarf Beratungen über die Anwendung des Rückübernahmeabkommens und dieses Protokolls sowie über allfällige Änderungen dieses Protokolls abgehalten werden. Zeit und Ort solcher Beratungen werden jeweils einvernehmlich festgelegt.

## I

### Schlussbestimmung

(1) Dieses Protokoll tritt am 40. Tag nach Übermittlung der zweiten Note in Kraft, mit der die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Weg mitgeteilt haben, dass ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das In-Kraft-Treten erfüllt sind, aber nicht früher als das Rückübernahmeabkommen.

(2) Im Falle des Außer-Kraft-Tretens des Rückübernahmeabkommens tritt gleichzeitig auch dieses Protokoll außer Kraft.

(3) Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls wird das Protokoll vom 13. November 1990 betreffend die Heimbeförderung österreichischer und rumänischer Staatsangehöriger obsolet.

Geschehen zu Wien am 28. November 2001 in zwei Urschriften in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

**Strasser m. p.**

Für die Regierung von Rumänien:

**Rus m. p.**

**ACORD****ÎNTRE GUVERNUL FEDERAL AL REPUBLICII AUSTRIA ȘI GUVERNUL ROMÂNIEI PRIVIND READMISIA PERSOANELOR**

Guvernul Federal al Republicii Austria și Guvernul României, denumite în continuare Părți Contractante, în intenția de a reglementa readmisia propriilor cetățeni, a cetățenilor din terțe state sau a apatrizilor care au intrat ilegal sau a căror ședere pe teritoriul statului celeilalte Părți Contractante a devenit ilegală,

Au convenit următoarele:

**CAPITOLUL I****Readmisia propriilor cetățeni****Articolul 1**

(1) Fiecare Parte Contractantă va readmite, fără alte formalități, persoana care nu îndeplinește sau nu mai îndeplinește condițiile legale în vigoare pentru intrarea sau șederea pe teritoriul statului Părții Contractante Solicitante, dacă se dovedește sau dacă există motive întemeiate să se prezume că aceasta posedă cetățenia statului Părții Contractante Solicitate. Același lucru este valabil și pentru persoanele care, după intrarea pe teritoriul statului Părții Contractante Solicitante au pierdut cetățenia statului Părții Contractante Solicitate și nu au primit în scris o asigurare de încetățenire din partea Părții Contractante Solicitante sau care au obținut ilegal de la Partea Contractantă Solicitată un document de călătorie.

(2) Partea Contractantă Solicitantă va readmite persoanele menționate la alineatul 1, în aceleași condiții, dacă în urma verificărilor rezultă că acestea, în momentul preluării de către Partea Contractantă Solicitată, nu erau în posesia cetățeniei statului Părții Contractante Solicitate. Acest lucru nu este valabil și în cazul în care Partea Contractantă Solicitată le-a retras acestora cetățenia după intrarea lor pe teritoriul statului Părții Contractante Solicitante, fără ca aceste persoane să fi obținut în scris o asigurare de încetățenire din partea Părții Contractante Solicitante, sau dacă acestea au obținut ilegal un document de călătorie de la Partea Contractantă Solicitată.

**Articolul 2**

(1) În cazul în care cetățenia unei persoane nu poate fi dovedită sau prezumată în conformitate cu Articolul 1, alineatul 1, misiunea diplomatică sau oficiul consular al statului Părții Contractante Solicitate, va efectua, la cerere, clarificări și va pune la dispoziție, dacă este necesar, un document de călătorie provizoriu.

(2) Partea Contractantă Solicitată va răspunde neîntârziat cererilor adresate conform alineatului 1, dar nu mai târziu de opt zile lucrătoare. Dacă Partea Contractantă Solicitată constată că persoana are cetățenia statului sau, aceasta eliberează imediat documentul de călătorie provizoriu necesar. În cazul în care cetățenia persoanei nu poate fi stabilită, această Parte Contractantă va comunica Părții Contractante Solicitante motivele.

(3) Readmisia are loc în cel mai scurt timp, dar în cel mult treizeci de zile de la stabilirea cetățeniei. Acest termen va fi prelungit la cererea Părții Contractante Solicitante cu durata necesară pentru clarificarea impedimentelor juridice sau procedurale.

**CAPITOLUL II****Readmisia cetățenilor unor state terțe și a apatrizilor****Articolul 3**

(1) Fiecare Parte Contractantă readmite, la cererea celeilalte Părți Contractante, cetățenii unor state terțe sau apatrizii care nu îndeplinesc sau nu mai îndeplinesc condițiile legale în vigoare pentru intrarea sau șederea pe teritoriul statului Părții Contractante Solicitante, dacă se dovedește sau există motive întemeiate să se prezume că persoanele respective au intrat pe teritoriul statului Părții Contractante Solicitante, direct de pe teritoriul statului Părții Contractante Solicitate, după ce s-au aflat pe acest teritoriu sau l-au tranzitat.

(2) Nu există obligația readmisiei conform alineatului 1 pentru:

1. Cetățenii unor terțe state sau apatrizii care, la intrarea lor pe teritoriul statului Părții Contractante Solicitante, se aflau în posesia unei vize sau a unui alt permis de ședere valabil al acestei Părți

Contractante sau căroră după intrare li s-a acordat o viză sau alt fel de permis de ședere de către această Parte Contractantă. Această excepție nu operează dacă aceste persoane posedă viză sau alte tipuri de permis de ședere care au fost eliberate de Partea Contractantă Solicitată și care au o valabilitate mai mare decât aceea a Părții Contractante Solicitante.

2. Cetățenii statelor terțe, cu care Partea Contractantă Solicitantă a încheiat acorduri de desființare a obligativității vizelor, cu excepția cazului în care o astfel de persoană ajunge pe teritoriul statului acestei Părți Contractante în urma unei acțiuni ilegale organizate de călăuze.
3. Cetățenii statelor terțe sau apatrizii căroră Partea Contractantă Solicitantă le-a recunoscut statutul de refugiat, conform Convenției de la Geneva din 28 iulie 1951 asupra statutului refugiaților, modificată prin Protocolul de la New York din 31 ianuarie 1967 privind statutul refugiaților sau statutul de apatrid, conform Convenției de la New York din 28 septembrie 1954 referitoare la situația juridică a persoanelor fără cetățenie.
4. Cetățenii unui stat cu care statul Părții Contractante Solicitante are o graniță comună și cetățenii statelor terțe sau apatrizii care au drept de ședere permanent într-un astfel de stat, în măsura în care ieșirea lor din acest stat este posibilă în mod legal.
5. Cetățenii statelor terțe sau apatrizii care se află de mai mult de un an pe teritoriul statului Părții Contractante Solicitante.

#### **Articolul 4**

Pentru scopurile acestui Acord, prin permis de ședere se înțelege orice autorizație eliberată de o Parte Contractantă, indiferent de tip, care acordă unei persoane dreptul de ședere pe teritoriul statului său. În această categorie nu se încadrează permisiunea limitată de ședere pe teritoriul statului uneia dintre Părțile Contractante în vederea examinării unei cereri de azil.

#### **Articolul 5**

(1) Partea Contractantă Solicitată răspunde imediat cererilor de readmisie care i se adresează conform articolului 3, însă cel mai târziu în decurs de opt zile lucrătoare. Dacă Partea Contractantă Solicitată refuză readmisia, aceasta trebuie să comunice Părții Contractante Solicitante motivele respingerii cererii.

(2) Readmisia cetățenilor statelor terțe sau a apatrizilor se realizează în cel mai scurt timp, însă cel mai târziu în decurs de treizeci de zile după ce Partea Contractantă Solicitată și-a exprimat acordul pentru readmisie. Acest termen va fi prelungit, la cererea Părții Contractante Solicitante, cu durata necesară clarificării impedimentelor juridice sau procedurale.

#### **Articolul 6**

Partea Contractantă Solicitantă readmite un cetățean al unui stat terț sau un apatrid, dacă Partea Contractantă Solicitată constată, după readmisie, că nu sunt îndeplinite condițiile prevăzute la Articolul 3.

### **CAPITOLUL III**

#### **Tranzitul**

#### **Articolul 7**

(1) Părțile Contractante vor permite, la cerere, tranzitul unui cetățean al unui stat terț sau apatrid prin teritoriile statelor lor în scopul transferului acestuia sub escorta polițienească, dacă sunt asigurate preluarea de către statul de destinație și călătoria prin alte eventuale țări de tranzit. Partea Contractantă Solicitantă poate să ceară, între altele, Părții Contractante Solicitate, să asigure escortarea persoanei respective pe timpul tranzitării teritoriului statului său.

(2) Tranzitul nu se solicită și o astfel de cerere poate fi respinsă dacă în statul de destinație sau în alt stat de tranzit, pentru cetățeanul unui stat terț sau apatrid există pericolul să fie expus unui tratament inuman sau degradant sau să fie condamnat la pedeapsa cu moartea sau să-i fie amenințate viața sau libertatea din motive de rasă, religie, naționalitate, de apartenență la un anumit grup social sau datorită convingerilor politice. Tranzitul poate fi refuzat dacă cetățeanul unui stat terț sau apatridul ar trebui să fie urmărit penal în statul Părții Contractante Solicitate sau dacă în statul de destinație sau în eventualele state tranzitate este amenințat cu urmărirea penală.

(3) Dacă Partea Contractantă Solicitată respinge cererea de tranzit invocând neîndeplinirea condițiilor necesare, aceasta va comunica Părții Contractante Solicitante motivele respingerii.

(4) Pentru tranzitul prevăzut la alineatul 1 nu este necesară viza de tranzit a Părții Contractante Solicitate.

(5) Dacă, ulterior aprobării tranzitului unei persoane, survin sau se fac cunoscute fapte prevăzute la alineatul 2 care împiedică transportul acesteia în tranzit, sau dacă călătoria mai departe sau preluarea persoanei respective de către statul de destinație nu mai sunt asigurate, Partea Contractantă Solicitantă va prelua persoana respectivă.

#### **Articolul 8**

(1) Însoțirea persoanei până la predarea acesteia Părții Contractante Solicitate va fi asigurată, în principiu, de către Partea Contractantă Solicitantă.

(2) Dacă transportul persoanelor, care se află în tranzit conform Articolului 7, are loc sub însoțirea personalului Părții Contractante Solicitante, Partea Contractantă Solicitantă asigură supravegherea persoanelor pe timpul escalei pe aeroportul de pe teritoriul statului său, în cazul continuării călătoriei pe cale aeriană.

(3) Personalul însoțitor al Părții Contractante Solicitante nu are voie să părăsească zona internațională a aeroportului de pe teritoriul Părții Contractante Solicitate.

### **CAPITOLUL IV**

#### **Cheltuieli**

#### **Articolul 9**

Toate cheltuielile legate de realizarea readmisiei conform articolului 1, alineatul 1 și articolului 3, până la granița statului Părții Contractante Solicitate, ca și costurile ocazionate de transportul în tranzit conform articolului 7, sunt suportate de Partea Contractantă Solicitantă. Același lucru este valabil și pentru readmisia realizată conform articolului 1, alineatul 2, articolului 6 și articolului 7, alineatul 5.

### **CAPITOLUL V**

#### **Protecția datelor**

#### **Articolul 10**

(1) În măsura în care pentru aplicarea acestui Acord este necesară transmiterea de date personale, aceste informații trebuie să se refere exclusiv la :

1. datele personale ale persoanei care urmează să fie predată și eventual ale membrilor de familie (numele de familie, eventual numele tatălui, prenumele, eventual numele anterior, alt nume sub care este cunoscut, pseudonimul sau porecla, data și locul nașterii, sexul, cetățenia actuală și eventual cea precedentă);
2. pașaportul, cartea sau buletinul de identitate, alte documente de identitate și de călătorie, precum autorizația de trecere (număr, perioada de valabilitate, data emiterii, autoritatea emitentă, locul emiterii etc.);
3. alte informații necesare identificării persoanei care urmează să fie predată;
4. locurile de oprire și itinerariile de călătorie;
5. dreptul de ședere sau vizele eliberate;
6. la nevoie, materialele existente pentru identificarea polițienească, care ar putea avea importanță pentru verificarea condițiilor de preluare prevăzute în acest Acord.

(2) În cazul în care, în cadrul acestui Acord, se transmit date referitoare la persoane, sunt valabile următoarele dispoziții, cu respectarea prevederilor legale interne ale fiecărei Părți Contractante:

1. Utilizarea datelor de către autoritatea care le primește este permisă numai pentru scopul indicat și numai în condițiile stabilite de către instituția care le-a furnizat;
2. Autoritatea care primește datele informează autoritatea care le-a furnizat, la cerere, cu privire la utilizarea datelor comunicate și în legătură cu rezultatele obținute cu ajutorul acestora;
3. Datele personale pot fi comunicate numai autorităților competente. Retransmiterea acestora la alte autorități, poate avea loc numai cu aprobarea prealabilă a autorității care le-a furnizat;
4. Autoritatea care furnizează datele este obligată să asigure exactitatea acestora, precum și verificarea necesității și proporționalității lor cu scopul urmărit prin comunicare. În același timp, se vor respecta interdicțiile prevăzute în legislația internă din statul fiecărei Părți Contractante.

Dacă se dovedește că au fost comunicate date incorecte sau date care nu trebuiau să fie transmise, autoritatea care primește aceste date trebuie informată imediat, fiind obligată să procedeze la corectarea sau distrugerea acestora;

5. Autoritățile care furnizează și cele care primesc date personale sunt obligate să înregistreze în evidențe transmiterea și primirea acestor date;
6. Autoritățile care furnizează și cele care primesc date personale sunt obligate să ia măsuri de protecție eficientă împotriva accesului, modificării și publicării neautorizate a datelor personale comunicate;
7. Datele comunicate care sunt radiate de autoritatea trimițătoare trebuie să fie radiate, în decurs de șase luni și de autoritatea care le-a primit.

## **CAPITOLUL VI**

### **Reglementări pentru aplicarea Acordului**

#### **Articolul 11**

(1) Alte dispoziții necesare aplicării acestui Acord vor fi convenite printr-un Protocol de aplicare a Acordului, prin care se reglementează următoarele aspecte:

1. modul de comunicare reciprocă și procedura de lucru;
2. informațiile care trebuie cuprinse în cererile de readmisie și de tranzit;
3. documentele și probele necesare readmisiei, precum și admisibilitatea acestora;
4. reglementarea modului de efectuare și compensare reciprocă a cheltuielilor;
5. realizarea de consultări la nivel de experți.

(2) Fiecare Parte Contractantă își desemnează autoritățile competente pentru aplicarea acestui Acord, care cooperează direct, potrivit competențelor lor.

## **CAPITOLUL VII**

### **Dispoziții finale**

#### **Articolul 12**

(1) Divergențele în legătură cu aplicarea și interpretarea acestui Acord vor fi soluționate prin consultări între autoritățile competente desemnate de Părțile Contractante.

(2) În cazul în care acest lucru nu este posibil, Părțile Contractante vor lua toate măsurile necesare pentru rezolvarea divergențelor pe cale diplomatică.

#### **Articolul 13**

(1) Dispozițiile acestui Acord nu aduc atingere drepturilor dobândite și obligațiilor asumate de statele Părților Contractante, decurgând din alte instrumente juridice internaționale la care acestea sunt parte.

(2) Acest Acord nu este aplicabil în cazul unei proceduri de extrădare către un stat terț.

#### **Articolul 14**

Acest Acord intră în vigoare după patruzeci de zile de la predarea celei de a doua notificări scrise prin care Părțile Contractante își comunica reciproc, pe cale diplomatică, că au fost îndeplinite condițiile interne necesare pentru intrarea sa în vigoare.

#### **Articolul 15**

(1) Acest Acord se încheie pe o perioadă nedeterminată.

(2) Părțile Contractante pot conveni modificări sau completări la acest Acord, cu respectarea legislației interne a fiecărui stat. Acestea vor intra în vigoare potrivit procedurii prevăzute la articolul 14.

(3) Fiecare Parte Contractantă poate suspenda aplicarea acestui Acord, în întregime sau în parte, pentru o perioadă determinată, din motive de siguranță națională, ordine publică sau sănătate publică. Suspendarea produce efecte începând cu data la care notificarea scrisă a intenției de suspendare a fost predată, pe cale diplomatică, celeilalte Părți Contractante. O astfel de notificare trebuie să conțină motivele care impun luarea acestei măsuri. Încetarea efectelor suspendării se notifică celeilalte Părți Contractante în cel mai scurt timp posibil.

(4) Fiecare Parte Contractantă poate să denunțe acest Acord printr-o notificare scrisă transmisă pe cale diplomatică. Denunțarea produce efecte după patruzeci de zile de la predarea către cealaltă Parte Contractantă, a notificării corespunzătoare.

Semnat la Viena, la 28. noiembrie 2001, în doua exemplare originale, fiecare în limbile germană și română, ambele texte fiind egal autentice.

Pentru Guvernul Federal al Republicii Austria:

**Strasser m.p.**

Pentru Guvernul României:

**Rus m.p.**

**PROTOCOL  
PENTRU APLICAREA ACORDULUI  
ÎNTRU  
GUVERNUL FEDERAL AL REPUBLICII AUSTRIA  
ȘI  
GUVERNUL ROMÂNIEI  
PRIVIND READMISIA PERSOANELOR**

În vederea aplicării Acordului între Guvernul Federal al Republicii Austria și Guvernul României privind readmisia persoanelor, semnat la Viena, la 28. noiembrie 2001, denumit, în continuare, Acordul privind readmisia,

Guvernul Federal al Republicii Austria și Guvernul României au convenit următoarele:

**Secțiunea A**

**La articolul 1**

(1) Dovada cetățeniei se poate face cu:

- certificate de cetățenie;
- documente de călătorie de orice fel (pașapoarte naționale, colective, diplomatice, de serviciu, titluri de călătorie);
- carte de identitate;
- livrete militare sau legitimații militare;
- documente oficiale din care rezultă cetățenia;
- carnet de marinar sau legitimație de navigator;
- informații relevante, fără putință de tăgadă, furnizate de autorități.

(2) Dovada completă a cetățeniei unei persoane se consideră efectuată la prezentarea documentelor valabile menționate în alineatul 1, cu condiția ca acestea să aparțină titularilor de drept. Sunt admise dovezi în contradictoriu.

(3) Prezumarea cetățeniei poate fi fundamentată prin prezentarea de:

- copii ale documentelor menționate în par. 1;
- permise de conducere;
- certificate de naștere;
- legitimații de serviciu;
- copii ale documentelor sus menționate;
- declarații ale martorilor;
- declarația pe proprie răspundere a persoanei respective;
- limba vorbită de persoana respectivă.

(4) În cazul dovezilor credibile, Părțile Contractante recunosc valabilitatea cetățeniei, atâta timp cât Partea Contractantă Solicitată nu le contestă.

(5) Documentele prevăzute la par. 1 și 3 sunt considerate suficiente sub rezerva verificării prin autoritățile competente ale Părților Contractante în privința dovezii sau a prezumției cetățeniei, chiar și în cazul în care sunt expirate.

(6) În cazul în care Partea Contractantă Solicitantă readmite o persoană, conform articolului 1, alineat 2 al Acordului de readmisie, Partea Contractantă Solicitantă trebuie să restituie toate documentele privind aceasta persoana Părții Contractante Solicitante.

(7) Readmisia unei persoane care, datorită vârstei, stării de sănătate sau unor alte motive serioase necesită o îngrijire deosebită sau pentru care sunt necesare măsuri speciale de protecție și securitate, va fi anunțată autorității competente a Părții Contractante Solicitate, pentru ca aceasta să ia măsurile necesare pentru preluarea persoanei respective. În termen de treizeci de zile de la un astfel de anunț, Partea Contractantă Solicitantă trebuie să comunice unde și când intenționează să realizeze readmisia.

(8) Autoritățile competente, menționate la alineatul 7 sunt :

Pentru partea austriacă

Ministerul Federal de Interne – Direcția III- 116

A-1014 Viena, CP 100

Tel 0043 1 53126 4621

Fax 0043 1 53126 4648

Pentru partea română

Ministerul de Interne – Inspectoratul General al Poliției de Frontieră

Str. Răzoare nr. 1-3, sector 6, București. Tel Fax 0040 1 312 11 89;

(9) Pentru anunțuri și comunicări potrivit alineatului 7, Părțile Contractante pot utiliza formulare elaborate de comun acord.

## **Secțiunea B**

### **La articolul 2 alineatul 1**

(1) Cererea privind stabilirea cetățeniei trebuie să conțină, în afara datelor personale, următoarele:

- informațiile necesare pentru stabilirea cetățeniei;
- indicii referitoare la necesitatea acordării de ajutor, îngrijire sau asistență datorate bolii sau vârstei, transmise cu consimțământul persoanei care urmează să fie readmisă;
- alte elemente de protecție sau securitate necesare la predarea persoanei respective.

La cerere trebuie anexate copii ale documentelor relevante, dacă acestea sunt disponibile, precum și două fotografii.

(2) În cazul în care misiunea diplomatică sau oficiul consular ale Părții Contractante Solicitate nu poate ajunge la o clarificare concludentă, aceasta poate solicita Părții Contractante Solicitante, în completare, un interogatoriu al persoanei respective. La interogatoriu, care trebuie luat cât mai repede posibil, cu respectarea termenului menționat, poate fi prezent un reprezentant al misiunii diplomatice sau al reprezentanței consulare.

## **Secțiunea C**

### **La articolul 3 alineatul 1**

(1) Cererea de readmisie trebuie să conțină date privind mijloacele probatoare sau de prezumare pentru șederea sau tranzitul pe teritoriul statului Părții Contractante Solicitate și, în măsura posibilului, și alte elemente, cum sunt:

- datele personale ale persoanei care urmează să fie readmisă (în special, numele și prenumele, nume anterioare, porecle, data și locul nașterii, sexul, cetățenia, ultimul domiciliu în țara de origine);
- documentele personale (îndeosebi felul, numărul, locul și data eliberării, autoritatea emitentă, durata valabilității);
- ziua, ora, locul și modul în care s-a produs intrarea ilegală;
- date privind șederea ilegală;
- date privind intrarea persoanei în cauză, cu complicitatea unei călăuze, în cazul unui cetățean al unui stat terț cu care partea contractantă solicitantă a încheiat un acord privind desființarea vizelor;
- eventuala nevoie pentru acordarea de ajutor, îngrijire sau asistență datorate unei boli sau vârstei, cu consimțământul persoanei respective;
- alte eventuale măsuri de protecție sau securitate necesare la predare, după caz;
- data și locul în care va avea loc predarea.

La cererea de readmisie trebuie anexate copii ale mijloacelor probatoare sau de prezumare, precum și două fotografii.

(2) Șederea sau tranzitul pe teritoriul statului Părții Contractante Solicitate se dovedește prin:

- o viză valabilă sau o viză care a expirat de mai puțin de un an, sau un permis de ședere valabil sau care a expirat de mai puțin de un an, acordate de Partea Contractantă Solicitată;
- o stampilă de intrare sau de ieșire aplicată de Partea Contractantă Solicitată, chiar și când aceasta a fost aplicată pe un pașaport fals sau falsificat;
- alte mențiuni ale Părții Contractante Solicitate efectuate pe documente de călătorie din care rezultă șederea;

Un indiciu prezentat în acest mod constituie dovada concludentă a dreptului de ședere sau tranzit. În principiu, nu se mai fac alte cercetări. Dovezile în contradictoriu sunt admise.

(3) Șederea sau tranzitul pe teritoriul statului Părții Contractante Solicitate poate fi prezumată prin:

- o viză expirată de peste un an sau un permis de ședere expirat de peste un an acordate de Partea Contractantă Solicitată;
- bilete de avion, de tren, facturi sau alte înscrisuri care atestă șederea pe teritoriul statului Părții Contractante Solicitate;
- declarații de martor date în fața autorităților;
- declarații ale persoanei respective date în fața autorităților.

Credibilitatea dovedită în acest mod este recunoscută de Părțile Contractante, atât timp cât nu este contestată de Partea Contractantă Solicitată.

(4) Autoritățile competente pentru formularea și soluționarea cererilor de readmisie sunt:

- Pentru partea austriacă  
Ministerul Federal de Interne – Direcția III- 116  
A-1014 Viena, CP 100  
Tel 0043 1 53126 4621  
Fax 0043 1 53126 4648
- Pentru partea română  
Ministerul de Interne – Direcția Generală de Evidență Informatizată a Persoanei  
Str. Nicolae Iorga nr. 27-29, sector 1, București, Tel-Fax 0040 1 312 1500

(5) Pentru formularea și soluționarea cererilor de readmisie Părțile Contractante pot utiliza formulare elaborate de comun acord.

#### **Secțiunea D**

##### **La Articolul 5 alineatul 2**

(1) În cazul prelungirii termenului, datorită unor impedimente legale sau procedurale, Partea Contractantă Solicitantă informează neîntârziat Partea Contractantă Solicitată asupra încetării impedimentelor, cu precizarea locului și datei readmisiei.

(2) Procedura de readmisie este consemnată într-un proces-verbal.

#### **Secțiunea E**

##### **La Articolul 6**

În cazul în care Partea Contractantă Solicitantă reprimște o persoană, la cererea justificată a Părții Contractante Solicitate, deoarece s-a constatat ulterior că nu s-au îndeplinit condițiile de readmisie, toate documentele acestei persoane trebuie restituite Părții Contractante Solicitante.

#### **Secțiunea F**

##### **La Articolul 7**

(1) Cererea de tranzit trebuie să conțină, pe cât posibil, următoarele date:

- datele de identificare ale persoanei care urmează să fie tranzitată (îndeosebi, numele și prenumele, nume anterioare, porecle, data și locul nașterii, sexul, cetățenia, ultimul domiciliu în țara de proveniență);
- documentele personale (în special, felul, numărul și durata valabilității);
- declarația că sunt îndeplinite condițiile prevăzute la articolul 7 alineat 1 din Acordul de readmisie și că nu sunt cunoscute motive de respingere, potrivit articolului 7 paragraf 2 din Acordul de readmisie;



- eventuala nevoie de acordare de ajutor, îngrijire sau asistență, datorită bolii sau vârstei, ale persoanei respective, cu acordul acesteia;
- alte eventuale măsuri de protecție și securitate, după caz; în cazul în care persoana este însoțită, date despre însoțitor;
- data, ora și locul tranzitării persoanei, precum și ruta de tranzitare.

(2) Partea Contractantă Solicitată informează neîntârziat Partea Contractantă Solicitantă despre preluarea spre tranzitare, cu confirmarea datei, orei și locului sau despre refuzul preluării și motivele acestuia.

(3) Autoritățile competente pentru transmiterea și soluționarea cererilor de tranzit sunt:

- Pentru partea austriacă  
Ministerul Federal de Interne – Direcția III- 116  
A-1014 Viena, CP 100  
Tel 0043 1 53126 4621  
Fax 0043 1 53126 4648
- Pentru partea română  
Ministerul de Interne – Inspectoratul General al Poliției de Frontieră  
Str. Răzoare nr. 1-3, sector 6, București. Tel Fax 0040 1 312 11 89

(4) Pentru formularea și soluționarea cererilor de tranzit Partile Contractante pot utiliza formulare elaborate de comun acord.

### **Secțiunea G**

#### **La Articolul 9**

Sumele reprezentând contravaloarea cheltuielilor efectuate pentru aplicarea Acordului de readmisie vor fi achitate de Partea Contractantă Solicitantă, Părții Contractante Solicitate, în termen de șaizeci de zile de la primirea facturii și a documentației justificative emise de aceasta.

### **Secțiunea H**

#### **Consultări la nivel de experți**

Experții celor două Părți Contractante vor avea, la nevoie, consultări cu privire la aplicarea Acordului de readmisie și a acestui Protocol, precum și în legătură cu orice modificări ale acestui Protocol. Data și locul consultărilor vor fi stabilite, de comun acord, pentru fiecare caz în parte.

### **Secțiunea I**

#### **Dispoziții finale**

(1) Prezentul Protocol intră în vigoare după patruzeci de zile de la predarea celei de-a doua notificări scrise prin care Părțile Contractante își comunică reciproc, pe cale diplomatică, că au fost îndeplinite condițiile interne necesare pentru intrarea sa în vigoare, însă nu mai devreme de intrarea în vigoare a Acordului privind readmisia.

(2) În cazul încetării valabilității Acordului privind readmisia, cu aceeași dată, își încetează valabilitatea și Protocolul de aplicare a acestuia.

(3) La data intrării în vigoare a acestui Protocol, Protocolul încheiat la 13 noiembrie 1990 privind readmisia cetățenilor austrieci și români își încetează valabilitatea.

Semnat la Viena, la 28. noiembrie 2001 în două exemplare originale, fiecare în limbile germană și română, ambele texte fiind egal autentice.

Pentru Guvernul Federal al Republicii Austria:

**Strasser m.p.**

Pentru Guvernul României:

**Rus m.p.**

Die Mitteilungen gemäß Art. 14 des Abkommens und gemäß Abs. 1 der Schlussbestimmungen des Protokolls wurden am 10. bzw. 28. Dezember 2001 abgegeben; das Abkommen und das Protokoll treten daher gleichzeitig mit 6. Februar 2002 in Kraft.

**Schüssel**